



BLICKPUNKT WAHLKREIS 43



Gudrun Pieper MdB

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

eine kurze Plenarwoche ist vorbei, doch hatte sie es wieder in sich. Neben der Aktuellen Stunde zur Schulpolitik und der ‚Maulkorbaffäre‘, bis hin zu den über 33.000 überreichten Unterschriften gegen das neue Schulgesetz zeigt:

Es gibt genug zu tun, um unserem Bundesland Niedersachsen nicht weiterhin Schaden zuzufügen, den die jetzige rot-grüne Landesregierung teilweise verursacht.

Was sonst noch geschah?
Lesen Sie meinen Blickpunkt.

Herzlichst Ihre

TERMINAUSZUG

- | | |
|--|-----------------------|
| 18.05.2015 | WALSRODE |
| BESUCH DER PESTALOZZI-SCHULE | |
| 27.05.2015 | HANNOVER |
| FACHTAGUNG LEBENSHILFE
ZUM BUNDESTEILHABEGESETZ | |
| 28.05.2015 | SCHNEEHEIDE |
| 72-STUNDEN-AKTION NDS. LANDJUGEND | |
| 30.05.2015 | SCHWARMSTEDT |
| ERÖFFNUNG WAHLKREISBÜRO | |
| 31.05.2015 | KIRCHWAHLINGEN |
| HOFFEST SPARGELGUT MEYER | |
| 03.06.-05.06.2015 | HANNOVER |
| PLENUM | |

V.I.S.D.P.

Gudrun Pieper Kristin Kühling
Hauptstraße 9, 29690 Schwarmstedt

Tel.:(05161) 73046
info@gudrunpieper.de

Rot-grüne Landesregierung verschleiert, vertuscht und nimmt es mit der Wahrheit nicht so genau - Kommentar -

Ob im Fall Paschedag, im Fall Edathy, im Fall Lüttig oder im Fall Ritterhude: Die rot-grüne Landesregierung zeigt einmal mehr: Verschleiern, vertuschen und nur dann etwas aufklären, wenn von anderer Seite die Beweise erdrückend sind.

Wir haben in dieser Plenarwoche wieder einiges erlebt und wir haben uns die Frage gestellt, ob die Einsetzung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses (PUA) zur Aufklärung der sog. Paschedag-Affäre überhaupt notwendig war und ob nicht mit der Entlassung des ehemaligen Agrar-Staatssekretärs Udo Paschedag im August 2013 die Affäre bereits hinlänglich sanktioniert worden ist. Ich meine, es war richtig den PUA einzusetzen, denn er hat die Landesregierung enttarnt und den Täuschungsversuch, dank auch des Urteils vor dem Staatsgerichtshof Bückeburg, die Akten vorzulegen, aufgedeckt.

Und natürlich haben wir uns die Frage gestellt, ob im Fall Edathy der sog. ‚Maulwurf‘ nicht in Niedersachsen zu finden ist, der Herrn Edathy den entscheidenden Hinweis gab und er sich folge dessen absetzen konnte. Denn mittlerweile hat die niedersächsische Landesregierung die Zahl der Mitwisser in der Edathy-Affäre erneut auf Nachfragen unsererseits nach oben korrigieren müssen. Von ursprünglich 57 sollen es inzwischen mehr als 140 Personen sein, die von den Ermittlungen gegen den damaligen SPD-Bundestagsabgeordneten aus dem Landkreis Nienburg wussten! Meiner Meinung nach ein Skandal und der/die Verantwortliche/n müssen auch hier zur Rechenschaft gezogen werden.

Und natürlich muss man hinterfragen, warum Justizministerin Antje Niewisch-Lennartz im Februar Plenum 2015 den Leiter der Generalstaatsanwaltschaft Celle, Dr. Frank Lüttig, als mutmaßli-

chen Informant im Verfahren Wulff nannte, aber eine zweite, nicht namentlich genannte Person nicht erwähnt hat. Zuvor war dies bereits in der Presse zu lesen gewesen. Das Recht auf ein faires Verfahren ist somit verwirkt, denn die Person Lüttig ist durch die Namensnennung bereits ‚vorverurteilt‘, obwohl hinreichende Beweise noch nicht vorliegen! Das Gegenteil ist der Fall, denn Dr. Frank Lüttig konnte die Vorwürfe nachweislich bisher entkräften. Folge dessen bin ich der Auffassung, dass die Justizministerin hier umgehend Verantwortung zu tragen hat!

Und als letztes muss man sich im Fall Ritterhude fragen: Warum mauert die Landesregierung und rückt erst jetzt, auf Nachdruck, die geschlossenen Akten über den Unglücksfall raus? Wir erinnern uns: Seit es in der Chemiefabrik Organo Fluid in Ritterhude im Landkreis Osterholz zu einer schweren Explosion gekommen ist, ein Mann starb, können bis heute die Anwohner nicht in ihre Häuser zurückkehren. Die Ursache für die Explosion ist weiterhin ungeklärt. Überhaupt scheint es rund um die Fabrik seit Jahren zahlreiche Ungereimtheiten zu geben. So erklärte Umweltminister Wenzel Ende Januar im Niedersächsischen Landtag, der Chemiebetrieb hätte überhaupt keine Genehmigung zur Verbrennung von Sondermüll in Ritterhude gehabt. Das Unternehmen behauptet das Gegenteil.

Ich denke: Aufklärung sieht anders aus! Es muss jetzt schnellstens etwas passieren, damit diese Landesregierung eines begreift und erkennt: Die Rechte des Parlamentes sind zu respektieren und **gemäß der Verfassung einzuhalten**. Und das Recht auf Klarheit, Wahrheit und Transparenz ist Grundvoraussetzung für die Glaubwürdigkeit der Landesregierung, auch gegenüber seinen Bürgerinnen und Bürger!

PLENUM IN KÜRZE

Handwerk und Mittelstand in Niedersachsen fördern

Handwerk und Mittelstand sind in Niedersachsen wichtige Bestandteile der Wirtschaftskraft im Lande. Ohne Handwerk und Mittelstand wäre Niedersachsen ein armes Land. Für uns, als CDU Fraktion, ist Mittelstand mehr als nur das Handwerk. Allein das Niedersächsische Handwerk umfasst 83.000 Betriebe und hat 520.000 Beschäftigte und 49.000 Auszubildende. Ein Jahresumsatz von 48 Mrd. Euro zeigt die Dimension des Handwerks. Natürlich sind die Zahlen des gesamten Mittelstandes entsprechend höher.

Wir haben deswegen einen Antrag für Handwerk und Mittelstand im Plenum eingebracht, der einige Punkte aufzeigt, tätig zu werden:

1. Weiteren Bürokratieabbau, besonders das Tariftreue- und Vergabegesetz praxisingerecht reformieren, die zusätzliche Verwaltungsebene mit Landesbeauftragte ersatzlos streichen.
2. Die energetische Gebäudesanierung muss mit einer Förderung auch aus Niedersachsen in Berlin unterstützt werden.
3. Beim Thema Elektromobilität das Handwerk stärker einbinden. Alleingänge von Minister Lies, mal 5.000 Euro je Fahrzeug vom Bund zu fordern, sind nicht nachhaltig.
4. Ein Zukunftsdialo g mit dem Handwerk starten, um Sorgen und Nöte zu erkennen und Chancen des Handwerks aufgreifen.
5. Die Evaluierung der geänderten Rundfunkgebühren zügig vorantreiben, um die entstandenen Mehrbelastungen für Handwerk und Mittelstand besonders beim Fahrzeugbestand und bei den Filialen rückgängig zu machen.
6. Die unsäglichen Gebühren für anlasslose Lebens- und Futtermittelkontrollen dürfen nicht erhoben werden.
7. Die Landesregierung muss sich für eine verfassungskonforme Ausgestaltung der Erbschaftssteuer einsetzen,

die den Fortbestand von Familien - Handwerks- und mittelständischen Betrieben nicht gefährdet.

8. Nichteinführung einer so genannten Tourismusabgabe, die wie eine 2. Gewerbesteuer wirkt.

Wir sind gespannt auf die Beratungen im Fachausschuss.

Rot-Grün muss Streit um Speicherung von Verkehrsdaten beenden

Während der Landtagsdebatte über einen entsprechenden CDU-Antrag zur Einführung der Vorratsdatenspeicherung hat die rechtspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Mechthild Ross-Luttmann, die Landesregierung aufgefordert, die Bundesregierung im Bundesrat zu unterstützen. Die Bundesregierung hat einen guten Kompromiss gefunden, der das Recht auf informationelle Selbstbestimmung und die Pflicht zur Aufklärung von Straftaten sorgfältig abwägt. „Es geht hier auch um die Sicherheit der Menschen in Niedersachsen. Als effektives Instrument der Strafverfolgung kann die Vorratsdatenspeicherung für mehr Gerechtigkeit sorgen“, so Ross-Luttmann.

Kritik übte sie an der widersprüchlichen Haltung der Landesregierung: „Mittlerweile fragt man sich, wer die Stellungnahmen der Landesregierung zur Vorratsdatenspeicherung koordiniert. Während der Innenminister seine Zustimmung offen ausspricht, treten der Ministerpräsident und die Justizministerin auf die Bremse. Die Bürger erwarten angesichts der Gefährdungslage zu Recht, dass ihre Sicherheit einen höheren Stellenwert genießt als der rot-grüne Koalitionsfrieden.“ Die CDU-Rechtsexpertin appellierte an die Regierung Weil, endlich ihren koalitionsinternen Streit beizulegen und die Einführung der Vorratsdatenspeicherung im Bundesrat zu unterstützen.

Mit einer mündlichen Anfrage, unter anderem zur wachsenden Aktivität islamistischer Internet-Propaganda und vermehrten Datenspionage, hat die CDU während des Plenarabschnitts zudem untermauert, warum die Min-

destspeicherung von Verbindungsdaten zur Aufklärung von Straftaten benötigt wird.

33.000 Unterschriften gegen rot-grünes Schulgesetz – Niedersachsens Bürger wollen das „Chancenvernichtungsgesetz“ nicht

Die CDU-Landtagsfraktion hat die Petition „Für schulische Vielfalt und Elternrecht auf freie Schulwahl“ unterstützt, die die Initiatoren am Mittwoch mit fast 33.000 Unterschriften an den Landtagspräsidenten Bernd Busemann übergeben haben. „Wir werden uns in der Landtagsberatung für die Berücksichtigung dieser Petition einsetzen“, sagte Kai Seefried, schulpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion. Die Petition war als Online-Petition gestartet. Sie wendet sich gegen die von der rot-grünen Landesregierung geplante Änderung des Schulgesetzes, mit der Gesamtschulen alle anderen Schulformen ersetzen können sollen und die Förderschule Lernen vollständig abzuschaffen.

„Der Erfolg dieser Petition zeigt, wie groß die Unruhe überall im Land ist. 33.000 Bürgerinnen und Bürger haben durch ihre Unterschrift deutlich gemacht, dass sie mit der Schulpolitik der Regierung Weil nicht einverstanden sind“, sagte Seefried. „Die Niedersachsen wollen dieses Schulgesetz nicht, denn es ist ein leistungsfeindliches ‚Chancenvernichtungsgesetz‘. Damit steuern wir auf ein Einheitsschulsystem zu. Die Vielfalt im Schulsystem ist ebenso in Gefahr wie die Wahlfreiheit der Eltern.“ Seefried wies darauf hin, dass der Landtag sich auch noch mit 42 weiteren Eingaben zum Schulgesetzentwurf beschäftigen werde, in denen Bürgerinnen und Bürger beispielsweise den Erhalt der Förderschulen Lernen oder der Sprachheilklassen fordern oder die neue Studententafel an Gymnasien kritisieren. Alle Eingaben stehen am 22. Mai 2015 auf der Tagesordnung des Kultusausschusses. Die Sitzung ist öffentlich.

BERICHT AUS DEM EUROPAPARLAMENT

Waldstrategie: Parlament unterstützt den Plan der Kommission



In der Plenarsitzung am 28.04. hat das Europäische Parlament (EP) seine Position zur neuen EU-Forststrategie beschlossen. Die Entschließung wurde mit 566 zu 66 Stimmen, bei 45 Enthaltungen, angenommen. Die europäischen Waldbestände bedecken ca. 40 % der Landflächen und bieten einen Arbeitsmarkt für mehr als 3 Mio. Menschen. Die Abgeordneten weisen in Ihrer Entschließung darauf hin, dass eine nachhaltige Bewirtschaftung sowie eine wirtschaftliche Stärkung des Forstsektors im Vordergrund stehen müssen. Dies ergebe sich hauptsächlich aus den Punkten, dass man die europäische Selbstversorgung mit Holz verbessern sowie den grenzüberschreitenden Herausforderungen, wie Waldbrände oder Schädlinge, gemeinsam bewältigen könne. Der Plan der Kommission sehe vor, dass man zusammen mit Mitgliedsländern, Lokalbehörden und Waldbesitzern einen Kriterienkatalog zur nachhaltigen Bewirtschaftung zusammenstellt. Im Anschluss stehen den Mitgliedstaaten die Auswahl und der Einsatz von Maßnahmen offen, um die Ziele der Strategie zu erreichen. Man wolle vor allem die regionalen Besonderheiten beibehalten und keine gemeinsame europäische Politik in der Forstwirtschaft erreichen. Des Weiteren sprechen sich die Abgeordneten dafür aus, dass Fördermittel für Forschung und kleinere und mittlere Forstbetriebe effizient und zielgerichtet eingesetzt werden. Zusätzlich könne die Nutzung langfristiger Datensätze zur besseren Anpassung an Trends beitragen. Einhergehend sollen auch Ausbildungspro-

gramme für Jungforstwirte und vorhandene EU-Instrumente mehr eingesetzt werden. Die EU-Forststrategie soll die derzeit seit 1998 bestehende Strategie ablösen. Die Entschließung wird als Reaktion auf die Mitteilung der Kommission vom 20.09.2013 der Kommission und dem Rat übermittelt.

EU beendet private Lagerhaltung von Schweinefleisch

Rund sieben Wochen nach Eröffnung beendet die Europäische Union die private Lagerhaltung für den Schweinefleisch-Sektor, da sich die Preise wieder stabilisiert hätten. Die Maßnahme war Anfang März als Folge des russischen Importverbots beschlossen worden, um das Angebot auf dem Markt zu verknappen. Die russischen Behörden hatten die Einfuhr von Schweinefleisch im Februar 2014 verboten. Sie begründeten den Importstopp mit dem Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest in osteuropäischen Staaten. Die EU-Kommission übernahm einen Teil der Lagerkosten für Schweinefleisch. Ungefähr 65.000 Tonnen Schweinefleisch wurden in den vergangenen Wochen in 18 EU-Staaten für eine Dauer von drei bis fünf Monaten vom Markt genommen. Vor allem in Dänemark, Spanien und Deutschland wurden die größten Mengen eingelagert.

Kommission stellt neue EU-Sicherheitsagenda vor

Am 28.04. stellten der Erste Vizepräsident der EU-Kommission Frans Timmermans und Dimitris Avramopoulos, Kommissar für Migration, Inneres und Bürgerschaft, in Straßburg ihre Strategie zur Sicherheit in der EU für den Zeitraum 2015 bis 2020 vor. Hauptaspekte der Sicherheitsstrategie sind dabei die Verbesserung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Sicherheit und die Stärkung der Handlungsträger der EU. Drei Prioritäten werden von der Kommission angeführt:

1. Terrorismus bekämpfen und Radikalisierung vorbeugen,
2. Bekämpfung der organisierten Kriminalität und
3. Bekämpfung der Cyberkriminalität.

Vorgeschlagene Maßnahmen sind dabei insbesondere die Einrichtung eines bei Europol angesiedelten Europäischen Zentrums zur Terrorismusbekämpfung unter Beteiligung von Eurojust und die Einrichtung einer EU-Meldestelle für gewalttätige und extremistische Internetinhalte.

Einkommensteuerrecht: Deutsche Steuerregelung EU-Rechtswidrig



Am 16.04. hat der EuGH mit Urteil in der Rechtssache C 591/13 entschieden, dass eine steuerliche Regelung in § 6b des deutschen Einkommensteuergesetzes gegen europäisches Recht verstößt. Die in der Vorschrift enthaltene Regelung erlaubt unter den gesetzlichen Voraussetzungen eine Steuerstundung bei einer entgeltlichen Veräußerung bestimmter Wirtschaftsgüter und einer bestimmten Reinvestition in einer in Deutschland gelegenen Betriebsstätte des Steuerpflichtigen. Der EuGH sieht in der Regelung einen Verstoß gegen die in Art. 49 des Vertrages über die Arbeitsweise der EU geschützte Niederlassungsfreiheit sowie gegen Art. 31 des EWR-Abkommens. Denn die Stundung der Steuerschuld für Gewinne wird nur unter der Voraussetzung gewährt, dass diese Gewinne in den Erwerb von Ersatzwirtschaftsgütern reinvestiert werden, die zum Anlagevermögen einer in Deutschland gelegenen Betriebsstätte des Steuerpflichtigen gehören.

UNTERWEGS IM UND FÜR DEN WAHLKREIS

Eröffnung des Wahlkreisbüros in Schwarmstedt



Das zweite Wahlkreisbüro in der Hauptstraße 9 in Schwarmstedt ist ab sofort für Sie geöffnet.

Um einen offenen und politischen Anlaufpunkt im Bereich Schwarmstedt zu schaffen, habe ich ein zweites Wahlkreisbüro in der Hauptstraße 9 bezogen. Die Büroeröffnung möchte ich gerne dazu nutzen alle interessierten Bürgerinnen und Bürger am 30. Mai 2015 zu einem Tag der offenen Tür einzuladen. In der Zeit von 13.00 bis 16.00 Uhr können Sie die Gelegenheit nutzen die neuen Räumlichkeiten kennenzulernen. Das Büro ist ab sofort montags von 8.00 Uhr bis 16.00 Uhr, mittwochs und freitags von 8.00 Uhr bis 13.00 Uhr sowie nach Absprache geöffnet. Meine Mitarbeiterin Kristin Kühling nimmt gerne Ihre Anfragen, Anregungen oder Anliegen entgegen. Zudem werde ich in diesem Büro regelmäßig Bürgersprechstunden abhalten. Das Wahlkreisbüro in Walsrode bleibt aber auch weiterhin bestehen.

CDU-Landtagsfraktion reist nach Israel



Die CDU-Landtagsfraktion nach einer Besichtigung mit interessanten Gesprächen in der Knesset in Israel

In diesem Jahr feiern die Bundesrepublik Deutschland und Israel das 50-jährige Bestehen ihrer diplomatischen

Beziehungen. Anlässlich dieses Jubiläums sind wir mit der CDU-Landtagsfraktion zu einem siebentägigen Besuch nach Israel gereist. Mit 41 Abgeordneten waren wir damit eine der größten parlamentarischen Reisegruppen, die je im Heiligen Land zu Gast war.



Die Geburtskirche in Bethlehem

Zu dem eng getakteten Programm zählte natürlich der Besuch in der nationalen Gedenkstätte Yad Vashem, bei dem wir mit einer Kranzniederlegung der Opfer des Holocaust gedachten. Darüber hinaus trafen wir uns zu Gesprächen mit Knesset-Abgeordneten und Vertretern der palästinensischen Bevölkerung in Israel. Weitere Stationen des Besuchs waren außerdem die israelischen Metropolen Jerusalem und Tel Aviv sowie die Städte Jericho und Bethlehem im Palästinensischen Autonomiegebiet. Diese Fraktionsreise war geprägt von vielen Eindrücken, bewegenden Momenten, guten Gesprächen und Inspirationen. Am Ende bleiben leider viele Fragen unbeantwortet. Doch eines hat mir die Reise gezeigt: Nichts ist bedeutsamer, als in Frieden leben zu dürfen. Dafür sollten wir uns alle einsetzen!

EU-Projekttag an der KGS Schwarmstedt



Sehr interessierte Schüler und angeregte Diskussionen über die Ukraine-Krise beim EU-Projekttag

Im Rahmen des bundesweiten EU-Projekttag besuchte ich zwei Klassen der KGS Schwarmstedt, um mit den Schülerinnen und Schülern über Europa zu reden. Zuerst war ich Gast in einer 10. Klasse. Die Jugendlichen waren sehr interessiert und es entwickelte sich eine rege Diskussion rund um die Ukraine-Krise. Eine Unterrichtsstunde reichte bei weitem nicht aus, um dieses komplexe Thema zu erarbeiten. Im Anschluss klärte ich Schülerinnen und Schüler einer 9. Klasse über die verschiedenen Möglichkeiten von Auslandsaufenthalten für Jugendliche auf. Die EU bietet hier für junge Menschen viele spannende Perspektiven. Der Vormittag verging wie im Flug.

Bezirksparteitag in Gifhorn



v.lks.: Henning Otte MdB, Bezirksgeschäftsführerin Franziska Marquard, Michael Grosse-Brömer MdB, Gudrun Pieper MdL, und Schatzmeister Jürgen Dierks

Einen überzeugenden Vertrauensbeweis erhielt ich bei den Wahlen des CDU-Bezirksvorstandes durch die Delegierten des Bezirksparteitages in Gifhorn. Ich wurde mit 97,6% erneut zur stellvertretenden Vorsitzenden des Bezirksverbandes Nordostniedersachsen gewählt. Auch Henning Otte und Eckhard Pols wurden in ihrem Amt bestätigt. Damit werden wir drei für die nächsten zwei Jahre zusammen mit dem ebenfalls wiedergewählten Vorsitzenden Michael Grosse-Brömer die Geschicke der CDU im Bezirk Nordostniedersachsen leiten. Ein herzliches Dankeschön an alle, die mir ihr Vertrauen geschenkt und mich unterstützt haben!